

Telefon: 0941/561440
Telefax: 0941/561420
E-Mail: kanzlei@rain-fuchs.de
Internet: www.rain-fuchs.de

in Kooperation mit
Steuerberaterinnen
Juliane Lerch & Gudrun Prock
Hermann-Köhl-Straße 10
93049 Regensburg
0941 / 64081678
Internet: www.lerch-prock.de

Kinder haften für ihre Eltern

**Unterhaltsansprüche der Eltern und des Sozialamtes
gegenüber Kindern**

Inhalt

1. Einleitung	3
2. Wie kann es zur Unterhaltsverpflichtung der Kinder kommen?	3
3. Bedürftigkeit der Eltern.....	3
3.1. Eigenes Einkommen und Vermögen der Eltern	3
3.2. staatliche Hilfen.....	3
3.2.1. Grundsicherung im Alter	3
3.2.2 Pflegewohngeld	4
4. Leistungsfähigkeit der Kinder	4
4.1 Selbstbehalt des volljährigen Kindes	4
4.2 Selbstbehalt des Partners eines unterhaltspflichtigen Kindes.....	4
4.2 Ermittlung des Einkommens	5
4.2.1 Kinder mit eigenen Einkünften	5
4.2.2 verheiratete Kinder ohne eigene Einkünfte	5
4.3 Bereinigung des Einkommens.....	5
4.4 Wohnwert eines eigenen Hauses des volljährigen Kindes	6
4.4.1 Wohnvorteil und Hauslasten	6
4.4.1 Rücklagen für die Instandsetzung.....	6
4.4.2 Verpflichtung vor Bekanntwerden der möglichen Unterhaltsbedürftigkeit.....	6
4.5 Eigene Altersvorsorge der Kinder	6
5. Einsatz von eigenem Vermögen des Kindes	7
Bildung von Rücklagen	7
6. Ansprüche wegen Weitergabe von Vermögen.....	8
6.1. Schenkungen	8
6.2. Weitergabe durch eine Ausstattung.....	8
7. Unterhaltspflicht mehrerer volljähriger Kinder.....	9
8. Verwirkung des Unterhaltsanspruchs der Eltern	9
9. Beispiele	10
9.1. Alleinstehendes unterhaltspflichtiges Kind	10
9.2. Verheiratetes unterhaltspflichtiges Kind, wenn nur der Unterhaltspflichtige Einkommen hat.....	10
9.3. Verheiratetes unterhaltspflichtiges Kind, wenn nur der nicht unterhaltspflichtige Ehepartner Einkommen hat	10
9.4. Verheiratetes unterhaltspflichtiges Kind, wenn beide Ehepartner Einkommen haben	11
10. Literatur.....	12

1. Einleitung

In den letzten Jahren sind immer mehr ältere Menschen auf Unterhaltszahlungen durch ihre eigenen Kinder angewiesen. Das Skript wendet sich an all diejenigen, die vom Sozialamt bereits eine Aufforderung zur Auskunftserteilung über ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse erhalten haben. Es wendet sich aber auch an all die volljährigen Kinder, die wissen wollen, ob sie vielleicht später den Eltern zum Unterhalt verpflichtet sind. Wer hier bereits in jungen Jahren vernünftig plant, kann derartige Zahlungen, die ja in der Regel nicht den eigenen Eltern zugute kommen, sondern an das Sozialamt geleistet werden müssen, in vielen Fällen abwenden.

2. Wie kann es zur Unterhaltsverpflichtung der Kinder kommen?

Wenn die eigenen Einkünfte der Eltern nicht ausreichen, können sie sich zunächst an das Sozialamt wenden. Das Sozialamt tritt dann in der Regel in Vorleistung und versucht die geleisteten Zahlungen von den Kindern zurückzufordern. Dazu muss geprüft werden, ob die Eltern bedürftig und die Kinder leistungsfähig sind.

3. Bedürftigkeit der Eltern

Voraussetzung für einen Unterhaltsanspruch ist, dass die Eltern bedürftig sind. Die Bedürftigkeit tritt in den meisten Fällen ein, weil die Unterbringung in einem Altenheim sehr teuer ist.

3.1. Eigenes Einkommen und Vermögen der Eltern

Die Eltern müssen zuerst ihr eigenes Einkommen und alles verwertbare Vermögen insgesamt verbrauchen. Wenn die Eltern in einem Altenheim untergebracht sind, muss sogar das Eigenheim der Eltern, das von den Kindern selbst genutzt wird, verwertet werden.

Nur eine kleine Kapitalreserve schließt die Bedürftigkeit nicht aus¹. In dem vom BGH am 18.03.2008 entschiedenen Fall hatte die Mutter eine Kapitalreserve von 4.500 DM, also ca. 2.300 €. Sie musste das Geld nicht verwenden.

Kleinere Kapitalreserven für die eigene Bestattung (Sterbegeldversicherung) müssen dem älteren Menschen verbleiben. Das Bundessozialgericht hat in einem Urteil² ausgeführt, dass die Vorsorge für den eigenen Todesfall in Form eines Bestattungsvorsorgevertrages in angemessener Höhe vor dem Zugriff des Sozialamtes geschützt ist. Das Sozialamt kann nicht die Verwertung verlangen. Dies gilt selbst dann, wenn der Vertrag erst geschlossen wurde, kurz bevor der alte Mensch bedürftig geworden ist. In dem am entschiedenen Fall handelte es sich um eine Bestattungsvorsorge über 6.000,00 €. Das Bundessozialgericht hatte jedoch keine Angaben gemacht, bis zu welcher Grenze ein Vorsorgevertrag noch angemessen ist.

3.2. staatliche Hilfen

3.2.1. Grundsicherung im Alter

Hierdurch soll die Gewährung von Sozialhilfe vermieden werden. Die Kinder werden demnach hierdurch entlastet.

Bei der Grundsicherung im Alter gibt es nämlich keinen Anspruchsübergang auf die Kinder, wie dies bei der Sozialhilfe gemäß § 91 BSHG vorgesehen ist.

Alle Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben und Volljährige mit krankheitsbedingter Erwerbsminderung können die Grundsicherung beantragen.

¹ BGH Urteil vom 17.12.2003, NJW 2004, 677

² vom 18.03.2008 B 8/9b SO 9/06 R

Unterhaltsansprüche gegenüber Kinder und Eltern werden nicht mit berücksichtigt, wenn deren jährliches Gesamtbruttoeinkommen einen Betrag von 100.000,00 € nicht übersteigt³.

Wenn die Leistungen nach der Grundsicherung nicht ausreichen, können weitere Leistungen als ergänzende Darlehen gemäß § 37 SGB XII erbracht werden.

3.2.2 Pflegegeld

Im Falle einer Heimunterbringung bleibt die Unterhaltsbedürftigkeit jedoch zum großen Teil bestehen.

In einigen Bundesländern (Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg, dem Saarland und Mecklenburg-Vorpommern) gibt es Pflegegeld. Das Pflegegeld wird für Bewohner von Alten- und Pflegeeinrichtungen auf Antrag gewährt, wenn in der Regel direkt diese auf Dauer in der Einrichtung leben. Die Gelder werden direkt an den Träger der Einrichtung (Altenheim) gezahlt.

4. Leistungsfähigkeit der Kinder

Für die Frage, ob ein Unterhaltsanspruch besteht, muss zunächst geprüft werden, ob das unterhaltspflichtige Kind überhaupt leistungsfähig ist. Unterhaltsansprüche der Ehefrau und der Kinder des unterhaltspflichtigen Kindes gehen vor. Weiterhin muss dem unterhaltspflichtigen Kind ein Selbstbehalt verbleiben.

4.1 Selbstbehalt des volljährigen Kindes

Nach einem Urteil des BGH⁴ sind die Selbstbehaltssätze der einzelnen Oberlandesgerichte nur die Mindestbeträge zum Selbstbehalt. Diese können im Einzelfall oft erhöht werden. Nach den meisten Unterhaltsrichtlinien beträgt der Selbstbehalt gegenüber den Eltern derzeit mindestens 1.500,00 €.

Die Hälfte des diesen Mindestbetrag übersteigenden Einkommens bleibt zusätzlich anrechnungsfrei. Wenn der Unterhaltspflichtige mit einem Partner zusammenlebt, sind dies allerdings lediglich 45 %.

Hierin sind Kosten für Unterkunft und Heizung in Höhe von derzeit 450,00 € enthalten. Höhere Mietkosten, die noch angemessen sind, erhöhen den Selbstbehalt.

4.2 Selbstbehalt des Partners eines unterhaltspflichtigen Kindes

Der Ehepartner des unterhaltspflichtigen Kindes hat einen eigenen angemessenen Selbstbehalt nach den ehelichen Verhältnissen, mindestens 1.200,00 €. Hierin sind 350,00 € Wohnkosten enthalten.

Der BGH hat in einem Urteil⁵ ausgeführt, dass für den Ehegatten des auf Elternunterhalt in Anspruch genommenen Unterhaltspflichtigen nicht ein bestimmter Mindestbetrag anzusetzen ist, sondern der nach Maßgabe der ehelichen Verhältnisse bemessene höhere Unterhalt. Da ein Ehepartner den Schwiegereltern nicht unterhaltspflichtig ist, braucht er aber keine Rücksicht auf deren nachrangige Unterhaltsansprüche nehmen.

Möglich ist auch, dass die ehelichen Lebensverhältnisse bereits durch die Unterhaltsverpflichtung geprägt sind, wenn zum Zeitpunkt der Eheschließung bereits Unterhalt an die Eltern gezahlt wird⁶.

³ § 43 II SGB XII

⁴ BGH Urteil vom 23.10.2002, NJW 2003, 128

⁵ BGH Urteil vom 19.02.2003, AZ XII ZR 67/00

⁶ BGH Urteil vom 19.02.2003 AZ XII ZR 67/00

4.2 Ermittlung des Einkommens

4.2.1 Kinder mit eigenen Einkünften

Zu den eigenen Einkünften zählen fast alle Einnahmen des Unterhaltspflichtigen nämlich insbesondere:

- jährliches Arbeitseinkommen
- Einkünfte aus Gewerbebetrieb. Hier berechnet man den Durchschnitt der letzten drei bis fünf Jahre.
- Steuererstattungen
- Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung
- Kapitaleinkünfte
- Renten und Pensionen
- Arbeitslosengeld

Nicht anzurechnen ist Kindergeld und Erziehungsgeld sowie Sozialhilfe.

4.2.2 verheiratete Kinder ohne eigene Einkünfte

Ein Ehepartner, der kein eigenes Einkommen erzielt, hat gegen den anderen Ehepartner einen Taschengeldanspruch in Höhe von 5 - 7 % des Nettoeinkommens. Der Unterhaltsanspruch ist begrenzt durch den Selbstbehalt des nicht verdienenden volljährigen Kindes.

4.3 Bereinigung des Einkommens

Ein volljähriges Kind, das den Eltern unterhaltspflichtig ist, darf in weitaus größerem Umfang als alle anderen Unterhaltsverpflichteten bestimmte Aufwendungen absetzen. Das unterhaltspflichtige volljährige Kind muss keine einschneidende Senkung seines sozialen Rangs oder seines Lebensstandards hinnehmen.

Zur Vermeidung von Unterhaltsforderungen ist es günstig, wenn das unterhaltspflichtige Kind ein Haushaltsbuch führt, spätestens wenn es vom Sozialamt zur Auskunft aufgefordert wurde.

Wenn sich aus dem Haushaltsbuch ergibt, dass das gesamte Familieneinkommen für Ausgaben verwendet wird, die nach den Einkommensverhältnissen der angemessenen Lebensführung entsprechen, besteht keine Unterhaltspflicht.

Der Unterhaltspflichtige darf auf Kosten des Unterhaltsberechtigten kein Vermögen bilden. Er darf lediglich für seine eigene Altersversorgung Vorsorge treffen. Dabei können folgende Ausgaben abgezogen werden:

- **Berufsbedingte Aufwendungen** können berücksichtigt werden, wenn diese genau dargelegt werden.
- **Nachhilfekosten für ein Kind** können berücksichtigt werden⁷.
- **Freiwillige Ausgaben für die Eltern, die im Pflegeheim leben**, können berücksichtigt werden. Dies gilt z.B. für Geschenke für Heimbewohner und Kleinigkeiten für das Pflegepersonal sowie Rundfunkgebühren, Geschenke an den im Heim lebenden Elternteil.
- **Darlehensrückzahlungen** können abgezogen werden, wenn der Darlehensvertrag abgeschlossen wurde, bevor das Kind etwas von der Unterhaltsverpflichtung gewusst hat. Später geschlossene Darlehensverträge können immer noch berücksichtigt werden, wenn diese notwendig waren.
- **Versicherungen.** Nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs vom 28.07.2010 können Haftpflicht- und Hausratsversicherungen nicht abgezogen werden BGHZ:XV ZR

⁷ OLG Düsseldorf Urteil vom 08.02.2007

140/07. Der BGH argumentiert, dass der Selbstbehalt bei volljährigen Kindern bereits sehr hoch angesetzt ist. Außerdem müssten bei diesen Versicherungen nur um kleine Beträge gezahlt werden. Aus diesen Gründen können die genannten Versicherungen nicht mehr abgezogen werden.

Abgezogen werden kann weiter die Kranken- und Pflegeversicherung. Voraussetzung ist, dass die Vorsorge bereits getroffen wurde, bevor der Unterhaltspflichtige von dem Elternunterhalt überhaupt erfahren hat. Strittig ist, ob auch die Krankenzusatzversicherung abgezogen werden darf⁸.

4.4 Wohnwert eines eigenen Hauses des volljährigen Kindes

4.4.1 Wohnvorteil und Hauslasten

Der Wohnwert muss dem Einkommen hinzugerechnet werden. Es wird aber nicht der objektive Mietwert ermittelt, sondern nur die nach dem Einkommen des Kindes angemessene Miete.

Der BGH hat entschieden⁹, dass eine Berücksichtigung des Wohnvorteils in einer Höhe, die den nach den Einkommensverhältnissen angemessenen Wohnaufwand übersteigen würde, dazu führen würde, dass Mittel für Unterhaltungszwecke einzusetzen wären, die hierzu normalerweise nicht aufgewandt würden. Die bisherige Lebensführung wäre demnach nicht mehr möglich.

Wenn die Hauslasten (Darlehen, Instandhaltungskosten und alle anderen verbrauchsunabhängigen Kosten, die ein Mieter nicht tragen muss) genauso hoch sind, wie der Wohnwert, wird überhaupt kein Wohnwert berücksichtigt.

Wenn die Hauslasten den Wohnwert sogar übersteigen, können diese vom Einkommen abgezogen werden.

4.4.1 Rücklagen für die Instandsetzung

Rücklagen für die Instandsetzung von Hauseigentum können anerkannt werden, sofern die Instandsetzungsmaßnahme erforderlich ist, um das Haus zu erhalten. Rücklagen für Maßnahmen, die den Wert eines Hauses erhöhen, werden aber nicht berücksichtigt.

4.4.2 Verpflichtung vor Bekanntwerden der möglichen Unterhaltsbedürftigkeit

Das volljährige Kind muss die Verpflichtung bereits vor Bekanntwerden der Bedürftigkeit der Eltern eingegangen sein¹⁰. Durch diese Rechtsprechung ist das volljährige Kind stark in seiner Dispositionsfreiheit eingeschränkt, wenn es von einer Verpflichtung zum Elternunterhalt erfährt. Dies wird in der Literatur stark kritisiert, weil dadurch Ungleichbehandlungen entstehen können zwischen Kindern, die zufälligerweise bereits vor Eintritt der Unterhaltsverpflichtungen ein Eigenheim erworben haben und solchen Kindern, die erst später ein Eigenheim erwerben möchten¹¹.

4.5 Eigene Altersvorsorge der Kinder

Grundsätzlich geht die eigene Altersvorsorge dem Elternunterhalt vor. Bei Nichtselbstständigen kann zusätzlich zu der gesetzlichen Altersvorsorge 5 % des sozialversicherungspflichtigen Einkommens für die Altersvorsorge verwendet werden.

Bei Selbstständigen, bei denen keine Sozialversicherungspflicht besteht, kann die Altersvorsorge auf verschiedene Arten z. B. durch eine Lebensversicherung aber auch den Erwerb von

⁸ [2] Rn161

⁹ BGH, Urteil vom 19.03.2003, NJW 2003, 2306

¹⁰ BGH, Urteil vom 19.03.2003

¹¹ [1] S.33

Immobilien getroffen werden. 20 - 25 % können für die Altersvorsorge nach der Rechtsprechung des BGH verwendet werden.

Ebenso kann die Vorsorge für Arbeitslosigkeit sowie die Kranken- und Pflegevorsorge abgezogen werden.

5. Einsatz von eigenem Vermögen des Kindes

Auch das unterhaltspflichtige Kind muss sein eigenes Vermögen für den Unterhalt einsetzen. Allerdings muss dem volljährigen Kind ein Freibetrag verbleiben¹². Es sollte eine Freigrenze von 12.500,00 € bis 25.000,00 € gewährt werden. Es kommt eine Erhöhung auf 75.000,00 € in Betracht, wenn der Unterhaltspflichtige nicht über ein selbst genutztes Eigenheim verfügt¹³.

Ein 49-jähriger Arbeitnehmer mit einem monatlichen Einkommen von 1.300,00 € ohne Wohnungseigentum darf einen Vermögensfreibetrag von 80.000,00 € zuzüglich 15.000,00 € für eine Kapitallebensversicherung als Altersvorsorge und 22.000,00 € für die Anschaffung eines PKW nach Einschätzung des BGH behalten¹⁴. Der BGH erläutert dazu, dass jeweils eine individuelle Vermögensgrenze gegeben ist. Diese Grenze ist mit 5% des gegenwärtigen Bruttoeinkommens, das im Laufe eines Berufslebens mit einer Rendite von 4 % angespart werden kann, anzusetzen¹⁵.

Wenn das bereinigte Einkommen des unterhaltspflichtigen Kindes unter dem Selbstbehalt von 1.500,00 € liegt, ist sein Vermögen zusätzlich zu schonen, soweit es auf Lebenszeit zur Aufstockung des Selbstbehaltes benötigt wird.

Hier muss auch auf den Selbstbehalt des Ehegatten Rücksicht genommen werden¹⁶. Es erfolgt hier eine Umrechnung von Kapitalisierungstabellen¹⁷.

Vermögen muss auch nicht verwertet werden, wenn die Verwertung unwirtschaftlich ist. Dies gilt für Vermögen, durch das angemessene Erträge erzielt werden¹⁸.

Bildung von Rücklagen

In angemessenem Umfang darf das volljährige Kind Rücklagen bilden. Das volljährige Kind darf Rücklagen für die Neuanschaffung eines PKW bilden¹⁹.

¹² [1] S.34

¹³ [1] S.34; Deutscher Verein für öffentliche und private Vorsorge, FamRZ 2005 1387, 1394

¹⁴ BGH Urteil vom 30.08.2006

¹⁵ FamRZ 2006 1511, [1] S. 35 zu BGH Urteil vom 30.08.2006

¹⁶ OLG Hamm Urteil vom 10.06.2005

¹⁷ [1] S.35

¹⁸ BGH, Urteil vom 21.04.2004, NJW 2004, 2306

¹⁹ BGH, Urteil vom 30.08.2006, AZ XII ZR 98/04

Beispiel

Ein volljähriges Kind hatte einen Betrag von 21.700,00 € für die Anschaffung eines PKW angespart. Das alte Fahrzeug war bereits 10 Jahre alt und hatte eine Laufleistung von über 210.000 km. Das volljährige Kind wollte ein Fahrzeug erwerben, das dem alten Fahrzeug vor 10 Jahren ungefähr vergleichbar war.

Die BGH-Richter urteilten, dass der angesparte Betrag Kosten der allgemeinen Lebensführung abdeckt und deshalb nicht für Unterhaltszwecke zur Verfügung steht.

6. Ansprüche wegen Weitergabe von Vermögen

6.1. Schenkungen

Wenn Eltern an ihre Kinder innerhalb der letzten 10 Jahre vor dem Eintritt der Bedürftigkeit eine Schenkung gemacht haben, ist diese noch nicht sicher.

Eine Rückforderung ist wegen Verarmung des Schenkers möglich²⁰. Dieser Anspruch kann vom Sozialamt, das an die Eltern bereits bezahlt, gegenüber dem beschenkten Kind geltend gemacht werden. Der BGH²¹ hatte jetzt zu entscheiden, wann die 10-Jahresfrist beginnt, da in der Vergangenheit immer wieder behauptet wurde, dass die Frist erst ab der Eintragung des Grundbuchs berechnet wird. Die Richter des BGH haben dagegen entschieden, dass die Frist bereits mit dem Eingang des Antrags auf Eintragung der Rechtsänderung beim Grundbuchamt beginnt. Wenn der Schenker innerhalb von 10 Jahren danach nicht bedürftig geworden ist, kann die Schenkung demnach weder vom Schenker persönlich, noch durch das Sozialamt zurückgefordert werden. Der BGH hatte mit demselben Urteil entschieden, dass ein lebenslanges Nutzungsrecht (z.B. ein Wohnrecht) des Schenkers den Lauf der 10 Jahresfrist nicht hemmt.

Anders hatte im übrigen das SG Freiburg²² entschieden. Das SG Freiburg hatte die Sozialhilfe einer alten Dame abgelehnt, weil sie im Jahre 1998 ein Hausgrundstück unter Einräumung eines Nießbrauchs verschenkt hatte.

Wenn der Schenker innerhalb von 10 Jahren danach nicht bedürftig geworden ist, kann die Schenkung demnach weder vom Schenker persönlich, noch durch das Sozialamt zurückgefordert werden.

Das volljährige Kind kann seine Verpflichtung zur Rückgabe dadurch abwenden, dass es selbst den Unterhalt an die Eltern bezahlt und zwar so lange, bis der Wert des geschenkten Gegenstandes verbraucht ist.

6.2. Weitergabe durch eine Ausstattung

Nach dem BGB sind Eltern ihren Kindern gegenüber verpflichtet, zu deren Existenzgründung dadurch beizutragen, dass sie ihnen Unterhalt zur Erlangung einer Berufsausbildung gewähren. Freiwillig können die Eltern ihren Kindern aber auch Vermögensgegenstände als zusätzliche Starthilfe übertragen. Dies nennt man Ausstattung.

²⁰ § 528, 530 BGB

²¹ BGH AZ: X ZR 140/10, Urteil vom 19.07.2011

²² SG Freiburg Urteil vom 27.07.2011, S 6SO 6485/09

Die Ausstattung kann im Gegensatz zur Schenkung nicht widerrufen werden. Dies ist vor allem im Sozialhilferecht von Bedeutung, da eine Schenkung widerrufen werden **muss**, wenn der Schenkende z. B. in einem Pflegeheim untergebracht wird soweit er die Kosten hierfür nicht selbst tragen kann.

Wegen der unterschiedlichen Wirkung in Bezug auf den Pflichtteil und den Widerruf muss bei jeder Weitergabe unter Lebenden genau überlegt werden, ob eine Ausstattung oder eine Schenkung gewollt ist.

7. Unterhaltspflicht mehrerer volljähriger Kinder

Mehrere volljährige Kinder haften anteilig nach ihren Einkommens- und Vermögensverhältnissen. Bei jedem der volljährigen Kinder kommt es dabei auf die **eigene** Leistungsfähigkeit an.

Wenn die Geschwister insoweit leistungsfähig sind, dass der Unterhaltsbedarf der Eltern gedeckt ist, haften sie anteilig im Verhältnis ihrer Leistungsfähigkeit.

Die Kinder sind untereinander auskunftspflichtig. Dem unterhaltsverpflichteten Kind steht zur Berechnung der anteiligen Haftungsquoten auf Elternunterhalt ein Auskunftsanspruch zu²³.

Ein unterhaltspflichtiges Kind kann von den nicht unterhaltspflichtigen Ehegatten seiner Geschwister nicht Auskunft über deren Einkommens- und Vermögensverhältnisse beanspruchen²⁴.

Die Geschwister müssen aber auf Verlangen zusätzlich Angaben über die Einkünfte ihres Ehepartners machen, wenn dies erforderlich ist um ihren Anteil am Familienunterhalt zu berechnen.

Wenn Steuerbescheide vorgelegt werden, können die Geschwister die maßgebenden Werte für den Ehepartner jedoch unkenntlich machen²⁵.

Die Eltern haben die Darlegungslast dafür, ob und in welcher Höhe die anderen Geschwister leistungsfähig sind²⁶.

8. Verwirkung des Unterhaltsanspruchs der Eltern

Ein Elternteil kann durch sein eigenes sittliches Verschulden bedürftig geworden sein und damit den Unterhalt verwirkt haben. Hier kommt z. B. Alkoholismus in Betracht.

Bei einer Alkoholsucht ist allerdings zu beachten, dass es sich hier um eine Krankheit handelt. Es kommt demnach darauf an, ob derjenige, der Unterhalt begehrt, alles getan hat, damit diese Krankheit überwunden wird (OLG Kralruhe, Urteil vom 18.07.2010).

Verwirkung kann auch vorliegen, wenn ein Elternteil in der Vergangenheit seine eigene Unterhaltspflicht gegenüber dem Kind vernachlässigt hat.

Weiterhin kommt eine Verwirkung dann in Betracht, wenn ein Elternteil gegenüber dem Kind oder einem nahen Angehörigen eine schwere vorsätzliche Verfehlung, z.B. einen tätlichen Angriff oder eine schwere Bedrohung, begangen hat.

Der BGH hat eine Verwirkung auch in einem Fall bejaht, in dem ein Elternteil fast keinen Kontakt zu einem Kind hatte und sich auch nicht um Kontakt bemüht hat²⁷. In diesem Falle

²³ [1] S.63

²⁴ [1] aaO

²⁵ BGH Urteil vom 07.05.2003, AZ XII ZR 229/00

²⁶ [1] S.64

hatte die Mutter ihr Kind im Kleinkindalter bei den Großeltern gelassen und sich auch danach nicht in größerem Umfang um das Kind gekümmert.

Den Verwirkungstatbestand müssen auch die Sozialämter gegen sich gelten lassen.

²⁷ BGH-Urteil vom 19.05.2004 AZ XII ZR 304/02

9. Beispiele

In den folgenden Beispielen wird ausgerechnet, wieviel Unterhalt ein Kind höchstens für seine Eltern zahlen muss.

9.1. Alleinstehendes unterhaltspflichtiges Kind

Einkommen des unterhaltspflichtigen Kindes ²⁸	3.500,00 €
Abzüglich Selbstbehalt	-1.500,00 €
	2.000,00 €
Unterhaltspflicht hiervon 50 %	1.000,00 €

9.2. Verheiratetes unterhaltspflichtiges Kind, wenn nur der Unterhaltspflichtige Einkommen hat

Einkommen des unterhaltspflichtigen Kindes	3.200,00 €
Halbteilungsgrundsatz	1.600,00 €
Zuzüglich 25 % Haushaltsersparnis	400,00 €
Abzüglich Selbstbehalt	-1.500,00 €
	500,00 €
Unterhaltspflicht hiervon 55 %	275,00 €

9.3. Verheiratetes unterhaltspflichtiges Kind, wenn nur der nicht unterhaltspflichtige Ehepartner Einkommen hat

Die Unterhaltspflicht ist nie höher als der eigene Taschengeldanspruch des unterhaltspflichtigen Kindes. Dieser beträgt 7% des Nettoeinkommens.

Dies sind bei einem Nettoeinkommen von 3.600,00 €: 252 €. Berechnet wird die Unterhaltspflicht wie folgt.

Einkommen des nicht unterhaltspflichtigen Ehepartners	3.600,00 €
Halbteilungsgrundsatz	1.800,00 €
Abzüglich Selbstbehalt	-1.500,00 €
	300,00 €
Unterhaltspflicht hiervon 55 %	165,00 €
Taschengeldanspruch ist höher: 7% von 3.600 €:	252,00 €
Unterhaltspflicht	165,00 €

²⁸ Dies ist jeweils das Nettoeinkommen abzüglich berufsbedingter Aufwendungen

9.4. Verheiratetes unterhaltspflichtiges Kind, wenn beide Ehepartner Einkommen haben

Berechnung nach BGH, AZ: XV ZR 140/07 vom 28.07.2010

Wenn der Unterhaltspflichtige höhere Einkünfte als sein Ehegatte hat wird die Leistungsfähigkeit zur Zahlung von Elternunterhalt in der Regel wie folgt ermittelt:

Einkommen des unterhaltspflichtigen Ehemanns	2.600,00 €
Einkommen der Ehefrau	1.000,00 €
Summe	<u>3.600,00 €</u>
abzüglich Familienselbstbehalt	-2.700,00 €
	<u>900,00 €</u>
zuzüglich 10 % Haushaltsersparnis	90,00 €
	<u>990,00 €</u>
hiervon 45%	445,50 €
+ Familienselbstbehalt	2.700,00 €
individueller Familienbedarf	<u>3.145,50 €</u>
Anteil des Unterhaltspflichtigen am Familienbedarf (hier 72,22 % s.o)	2.271,68 €
Einkommen des Unterhaltspflichtigen	2.600,00 €
Anteil des Unterhaltspflichtigen (72,22)	-2.271,68 €
für den Elternunterhalt einsetzbar	<u>328,32 €</u>

Wenn der Mindestselbstbehalt für beide Eheleute zusammen von 2.700 € (Unterhaltspflichtiger: 1.500 € Ehepartner: 1.200 €) unterschritten ist, muss überhaupt kein Unterhalt gezahlt werden.

9.4.2. Einkommen des unterhaltspflichtigen Ehegatten niedriger

Einkommen des Ehemannes	3.000,00 €
Einkommen der unterhaltspflichtigen Ehefrau	1.000,00 €
Summe	<u>4.000,00 €</u>

Das Einkommen der Ehefrau beträgt 1/4 des Familieneinkommens. Sie muss sich also mit 1/4 an dem Bedarf der Familie beteiligen. Dies ist, soweit kein höherer Bedarf geltend gemacht werden kann, der Mindestbedarf in Höhe von 2.700,00 € (s.o.).

Einkommen der unterhaltspflichtigen Ehefrau	1.000,00 €
abzüglich ihr Anteil am Bedarf der Familie $2.700 \text{ €}/4 =$	-675,00 €
Unterhaltspflicht	<hr/> 325,00 €

10. Literatur

Nummer	Autor	Titel	Auflage
[1]	Jochem Schausten	"Elternunterhalt"	1. Auflage 2008
[2]	Jörn Hauß	"Elternunterhalt- Grundlagen und Strategien"	2. Auflage, ISBN: 3769410165